

Die Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Alle unterzeichnete Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Bl.“ gestattet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Adressen-Verzeichnisse Nr. 1125.

Saale-Zeitung.

Siebenundvierzigter Jahrgang.

werden die Gehaltene Kolonialstoffe oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Kinnover-Expeditoren angenommen. Bestellen die Seite 73 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Str. Braunschweig 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 46.

Halle a. S., Dienstag, den 28. Januar.

1913.

Prinz Heinrich beim Reichskanzler.

(Von unserem Berliner * -Mitarbeiter.)

* Berlin, 28. Januar.

Am Freitag hat Prinz Heinrich dem Reichskanzler in seinem Palais einen längeren Besuch abgestattet, der über eine Stunde währte. Soweit dieser Besuch überhaupt öffentlich bekannt geworden ist, knüpfen sich daran verschiedene Kombinationen. U. a. verlautet, daß sich Prinz Heinrich zugunsten einer Verringerung der Stellungnahme der deutschen Politik gegenüber der Türkei eingesetzt habe. Dazu erfahren wir aber von maßgebender Seite folgendes:

Es entbehrt jeder Begründung, wenn der Besuch des Prinzen Heinrich, des Bruders des Kaisers, bei Herrn von Bethmann Hollweg mit Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung gebracht würde. Prinz Heinrich hat es jederzeit strengstens vermieden, den hohen Einfluß, den er kraft seiner Position als Bruder des Kaisers vielleicht ausüben vermöchte, irgendwie politisch zu betätigen. Und wenn jetzt behauptet wird, daß er eine Verringerung der deutschen Orientpolitik zu befürworten versucht habe, so würde damit nichts Geringeres behauptet, als daß der Bruder des Kaisers sich gleichzeitig gegen die Politik seines kaiserlichen Bruders gewandt habe. Denn die Anweisungen, die zu den Balkanverhandlungen von der deutschen Regierung, also von Herrn von Bethmann Hollweg, ergangen sind, beruhen sich streng mit den Anschauungen des Kaisers, mit dem Herr von Bethmann Hollweg während der Balkanwirren, und namentlich in der letzten Zeit fast täglich über die Behandlung der wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik Rücksprache genommen hat.

Ueber die Punkte, die dem Besuch des Prinzen Heinrich bei Herrn von Bethmann Hollweg zugrunde lagen, hören wir dagegen von orientierter Seite, daß Prinz Heinrich nur Herrn von Bethmann Hollweg um eine Auskunft erfuhr hat. Wie man weiß, ist Prinz Heinrich der hohe Vertrauensmann der deutschen Flugsache. Die widersprechenden Gerüchte, die in der letzten Zeit über die künftige Heeres- und Luftflottenvorlage die Öffentlichkeit beschäftigten, haben in deutschen Flieger- und Luftfahrerkreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Diese Beunruhigung ist begründet, wenn man erwägt, daß unsere junge aviatische Industrie bei ihren Dispositionen in hartem Maße den Umfang der Reichsausgaben für die Luftflotte in Rechnung stellen muß. Teils wurden sehr hohe, teils wieder sehr geringe Beträge als Forderung der Reichsregierung für die Luftflotte genannt. Um für diese Dispositionen, die infolge der Konkurrenz des

Auslandes sehr klar getroffen werden müssen, einige Klarheit zu erlangen, haben sich nun maßgebende Vertreter der deutschen Flugsache an den Prinzen Heinrich gewandt mit der Bitte, die Reichsregierung doch im Interesse der Flugsache zu einer möglichst baldigen Befragung ihrer etwaigen Forderung für die Luftflotte zu veranlassen. Auf dieser Bitte fußte der Besuch des Prinzen Heinrich bei Herrn von Bethmann Hollweg und, wie wir weiter hören, sind die Auskünfte, die Prinz Heinrich von Herrn von Bethmann Hollweg erhielt, mit hoher Befriedigung aufgenommen worden.

Der Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes.

Der Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes ist soeben in „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Der Artikel 1. Bausatz, bringt eine Anzahl Änderungen zum Baufluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875. Sie verfolgen in erster Linie den Zweck, die Ausnutzung des Bodens mehr als bisher dem Wohnungsbedürfnis anzupassen. Besonders zu beachten ist folgende Vorschrift:

„Mit dem Zeitpunkt, an dem eine Straße oder ein Straßenteil für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig hergestellt ist, erhält die Gemeinde das Recht, ein an die Grundstücklinie der Straße oder des Straßenteils angrenzendes Grundstück, soweit es nach den baupolizeilichen Vorschriften des Ortes nicht zur Bebauung geeignet ist, dem Eigentümer gegen Entschädigung zu entziehen.“

Von dem den Gemeinden eingeräumten Bauverbot ist Dispens zu erteilen, falls ein Wohnungsbedürfnis besteht, der Eigentümer Gewähr dafür bietet, daß diesem Bedürfnis durch den Bau entsprechender, gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen Rechnung getragen wird, und falls dem Bau an der dafür gewählten Stelle des Reichsbildes keine berechtigten Gemeindefürsorge entgegensteht.

Artikel 2 enthält Bestimmungen über baupolizeiliche Vorschriften, u. a. über die Abführung der baulichen Abwasser aus der Grundfläche, die Ausweisung besonderer Crusteile, Straßen und Plätze, für welche die Errichtung von Anlagen nicht zugelassen ist, die beim Betriebe durch Verbreitung über Dünste, durch starken Rauch oder ungewöhnliches Geräusch Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Nachbarschaft oder das Publikum überhaupt herbeizuführen geeignet sind usw.

Artikel 3 gibt allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen (Wohnungsordnungen). Für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10 000 Einwohnern sind solche Wohnungsordnungen zu erlassen. Es kann durch sie vorgeordnet werden, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt

von Menschen baupolizeilich genehmigt sind. Die Wohnungsordnungen können ferner insbesondere Vorschriften treffen über: eine den gesundheitslichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen), eine den Anforderungen des Familienlebens entsprechende Trennung der von verschiedenen Haushaltungen benutzten Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) voneinander, die Zahl und die Beschaffenheit der erforderlichen Kochstellen, Aborte, Wasserentnahmestellen und Auslässe, die im gesundheitslichen und sittlichen Interesse zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen), die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Dienstboten oder Gewerbegehilfen (Gesellen, Geiseln, Lehrlingen) zugewiesenen Schlafräume, die Bedingungen, unter denen die Aufnahme nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter, Einlieger oder Schlafgänger stattfindet. Weiter können durch Polizeiverordnungen Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit der Unterkunftsräume für Arbeiter erlassen werden.

Das neue Wohnungsgesetz wird zweifellos viel Gutes wirken, von ihm aber ein Ende des weit beklagten Wohnungslebens erwarten zu wollen, das hiezu zu weit gehen; wird doch in der Begründung des Entwurfs selbst ausdrücklich vor hochgepannten Hoffnungen gewarnt, indem dort ausgeführt wird:

„Bei dem Umfange der Mißstände und bei der Bedeutung der Wohnungsfrage für das leibliche und sittliche Wohl der Bevölkerung wird auch im Wege der Gesetzgebung mit denjenigen Maßnahmen vorzugehen sein, welche sich, abgesehen von Maßnahmen des Reichs, für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse jenseits der Reichsgrenzen anbieten. Dabei wird nicht verkant werden dürfen, daß es an der Zeit ist, die Wohnungsfrage in der Reichsgrenze zu lösen. Die ohne fortgesetzte planmäßige und der Verhältnisse angepaßte Arbeit zum Ziele führen, nicht gibt. Das Ziel wird vielmehr nur durch Eingreifen auf den verschiedenen in Frage kommenden Gebieten der öffentlichen Verwaltung und durch eine vereinte planmäßige Anordnung aller zum Ziele führenden einzelnen Mittel erreicht werden können. Für ein solches umfassendes Vorgehen sollen, soweit auf einzelnen Verwaltungsgebieten die bestehende Gesetzgebung eine hinreichend sichere Grundlage noch nicht bietet, durch den Entwurf zunächst die erforderlichen gesetzlichen Unterlagen geschaffen werden.“

Der Entwurf sieht, wie es an einer anderen Stelle der Begründung heißt, vor, daß für größere Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamtsrat zu errichten ist, das mit dem erforderlichen in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsinspektoren, besetzt sein muß. Im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung sollen ferner die Regierungspräsidenten, für Berlin der Oberpräsident, beauftragt sein, eine

Fzuilleton.

Berliner Premieren.

Eduard Staudens „Afrid“ hat am Freitag im Deutschen Theater die Gefährten der Bühnenaufführung glücklich überstanden. Und wenn ihr Leben und Sterben an dem Publikum in einer respektvollen Entfernung vorüberzog, da die fünfzigenden Mittelreihen nur selten überpringen, so ehrte den Dichter doch ein warmer und ernst gemeinter Beifall. Stauden hat sich diesen Beifall auch verdient und mit diesem Drama aus der Welt des alten Jagenmoothen Inseln den Beweis erbracht, daß seine Kunst in der schweren und farbenreichen Wortpraxis seiner Galsdramen ihre Grenze noch nicht erreicht. Hart und herb sind die Gestalten dieses Werkes, hart und herb die Leidensschicksale, die sie erschüttern und ihrem dramatischen Schicksal entgegenarbeiten. Und in der Strenge, mit der die Handlung ihrem Ende entgegengeführt wird, zeigt sich im Gegensatz zu den Galsdramen, daß Stauden auch die Ansprüche des Theaters und die Anforderungen der Bühne mit seinen Dichterkraften zu vermaßen weiß. Eine isandische Brühilde beherrscht die Handlung und — um ein Wort Strindbergs zu gebrauchen — ihr Liebeshäß ist die Quelle aller Geschehnisse, ist das Schicksal, ist der Wehlauf, an dem die Normen ihre Fäden spannen. Kjaran, der jugendliche Held des Schwertes und zugleich der Held ihrer Liebe, findet sie nach der Rückkehr aus Fänemark als die Frau eines anderen, als die Frau jenes besten Freundes Kalli, der während der Abwesenheit Kjarans dem Zauber Afrids erlag. Durch Lüge kettete er sie an seine Seite und aus dieser Lüge wächst Verderben, Verwundung und Tod. Denn Afrid kann dem Ungeliebten nicht gönnen, solange der Geliebte lebt. Und zwischen Haß und Liebe schwebend wirft sie sich zum Schicksal auf, entsetzt die Zwiespält der Geschlechter und findet keine Ruhe, ehe Kjaran von der Hand des halbtoten, verwesenen Kalli gefallen. In dieser dramatischen Konfession entfaltet die folge leidenschaftliche Afrid, wunde Hülfe, die an die Ecke, ja an die Salome gemahnen könnten, wenn nicht hier die zerstörende Macht der Leidenschaft in ihren Argwinnen von pathologischer Exzess frei wären. Es ist die Macht des Hasses, der aus Liebe und verletztem Stolz Iobend aufschlägt und alle verzehrt, die in seine Kreise gelangen, Schwere

reucht und ernst ist die Sprache dieses Dramas, wenn hier auch der göttliche Funke leuchtet. Eine gewisse herbe Kälte geht von den Gestalten aus und läßt bei dem Zuschauer eine Unmittelbarkeit des Empfindens nicht recht aufkommen. Aber wenn dies ausgeprochen ist, so muß auch hinzugefügt werden, daß Stauden mit dieser Dichtung ein Werk von überraschender Gradigkeit und Geschlossenheit des inneren und äußeren Aufbaues geschaffen hat. In der Ausführung fand Max Dietrichs Afrid in strenger, dunkler Größe im Mittelpunkt; aber sie fand auch einen beachtenswerten Partner in dem bisher nur in kleineren Rollen hervorgetretenen Herrn Körner, der den Kjaran zwar höchlich auf den Spuren Kallys spielte, aber durch Kraft, Behaltlichkeit und seltliche Strenge der Linienführung überstrahlte.

Die erste Bühne Berlins — wenigstens dem offiziellen Range nach — das Königl. Schauspielhaus, setzt seinem Publikum mit Vorliebe französische Ware vor, aber es ist nicht direkt Export aus Paris — den haben sich das Residenz- und Trianon-Theater, in letzter Zeit auch die Kammerspiele gehöhrt, — sondern es ist heimliche Nachahmung und Verarbeitung französischer Stoffe. Nachdem es erst vor kurzem Blumenthal im Schauspielhaus französisch bekommen ist, ward uns am Sonnabendabend ein ebenfalls in gallischen Landen spielendes Lustspiel „Wieschen“ von Leo Eng dargeboten und freundlich aufgenommen. Das Stück ist nach einer Idee der bekannten Pariser Schriftstellerin Gyp gearbeitet, von hier stammt wohl der pikantesse, der einzige originale Einfall, daß nämlich ein junger verheirateter Mann sich mit einem reichen reichen Mädchen zum Schein verloben will, um dadurch weiter Kredit zu bekommen. Die darauf erbaute, amüsanz durchgeführte Szene im dritten Akt rettete denn auch den Erfolg des Abends. Die Feldin, eben das „Wieschen“ des Titels, das nur von seiner hochbedulden Mutter mit Mordred Meliandine genannt wird, verheiratet zwar befindlich, erst 17 Jahre und drei Monate alt zu sein, kann aber auf eine über hundertjährige Vergangenheit zurückblicken, denn sie ist nichts weiter als die burschliche, herzensgute, alle Männer entzückende Naine, deren pikante Ungezogenheit Kogebue in seiner Gurl der Weltliteratur geschenkt hat. Neben diesem „quellischen Baschiff“ herrt der nicht minder gute und ehrliche Onkel, der eigentlich gar nicht ihr Onkel ist; er erst die

üblichen Millionen von einem entfernten Verwandten, schenkt seinem „Wieschen“ großmütig eine, bringt sich dadurch selbst in schlimme Eiferjuchtslinie, da sie nun eine begehrte Partie wird, und kriegt sie beim letzten Galles des Vorhangs doch zur Frau, wie man das schon beim ersten Aufgehen wußte. Daß der Dialog ganz amüsanz, wenn auch stellenweise sehr wörtlich geführt ist, daß die allbekannten Chazgen auf einen gefälligen Einklang gestimmt sind, wird man gern anerkennen, und die vorzügliche Darstellung, bei der sich Clewing als Onkel, Fraulein Heisler als Feldin und Volmer als prächtiger alter Diener hervorarbeiten, feuerten das Ihre zu der günstigen Aufnahme bei.

Dr. P. L.

Stadttheater.

Don Juan.

Oper in 2 Akten von Lorenzo da Ponte. Musik von W. A. Mozart.

Musikalische Leitung: Carl D h n e s o r g.

In die Biget-, Thomas- und Verdi-Abende dieser Saison fällt wie ein leuchtender Strahl das Wort von Mozarts „Don Juan“, von dem Goethe in einem Briefe behauptet, daß er „eine Hoffnung endlich erfüllt, die Schiller von der Oper hatte“. „Dafür steht aber auch dieses Werk ganz höher. „... heißt es in dem denkwürdigen Briefe des großen Liederdichters Regisseurs. Daß es „isoliert“ dasteht, ist u n a h a b a r, mit seinen musikalischen Schönheiten auf ein Monumental getragen, wo es die Welt beherrscht; zerfällt jeder „Don Juan“ Abend im Theater aus neu. Denn immer wieder zeigt es sich dann, wie viel ein Künstler noch zu studieren hat, wenn er als Mozart-Sänger gelten will, bis er wirklich isoliert dasteht, losgelöst von allem Trüblich, Formfälligkeit.

Ist, Inapp vor der Gebenfeier von Richard Wagners Todestag, sollte von neuem daran erinnert werden, daß es kein anderer als der Parcourer Meister war, der im Jahre 1865 in seinem „Bericht über eine in München zu erscheinende deutsche Musikschule“ den von erstörterte, wie die klassischen Werke der Vergangenheit (Bachs, Beethovens, Gluck und

Erklärung der Tätigkeit des Wohnungsamts auf die Nachweisung kleinerer Wohnungen anzuordnen. Ein solcher Nachweis, der sich als sehr genehmigend und fördernd für die Tätigkeit der Wohnungsämter herausgestellt hat, wird dann wesentlich erleichtert, wenn die Vermieter verpflichtet sind, verfügbare Kleinwohnungen bei ihm anzumelden. Durch eine besondere Vorschrift soll deshalb die Rechtsgültigkeit von Polizeiverordnungen, die eine solche Verpflichtung ausprechen, außer Zweifel gestellt werden.

Die türkische Antwort.

Konstantinopel, 28. Januar.

Die Antwort der Hofnote auf die Kollektionnote der Mächte erfolgt am Mittwoch. Sie wird sich durchaus für den Friedensschluss aussprechen, jedoch auf Bräuterei und die Negativen Zinsen bestehen. Der Antwort liegt der Beschluß des Komitees für Einheit und Fortschritt zugrunde, das sich weitere Verhandlungen vorklärt.

Dem festen Willen, Adrianopel und die Negativen Zinsen nicht aufzugeben, entsprechen ausgedehnte türkische Rüstungen.

In Konstantinopel finden gegenwärtig Vorbereitungen statt, die beweisen, daß die Türkei sich im Falle einer Wiederaufnahme des Krieges nicht auf die zähe Verteidigung der Thakatschalinie beschränken möchte, sondern daß ein energischer Vorstoß, vielleicht gar die Einnahme von Adrianopel geplant ist. Man hat sich nämlich nicht auf das Verbessern der alten Forts und Befestigungen der etwas verlassenen Thakatschalinie beschränkt, sondern neue Stellungen besetzt, hat nicht nur Infanterie und Artillerie eingetragene, sondern man hat für weiten Nachschub geeignete Beförderungsmittel nebst Proviant und Munition in leichtem Packung besetzt und vor allem die bewegliche Feld- und Gebirgsartillerie verstärkt. Einem Triumphzuge gleich durchgeführten nach orientalem Aussehen am die Mittagszeit am Montag 125 neue Feldgeschütze die Hauptkräfte Konstantinopels vom Galata-Quai bis zu den Taksimälernen. Es folgten Endlose Züge früherer Mäuelen, beladen mit etwa 100 serbischen Gebirgsartilleriegeschützen und den faden Munitionskisten aus Metall. Die Säufel, die Ausrüstung der Mannschaften (aussehlich regelmäßiger Strümpfen ohne Knöchelbeinung) waren ebenfals funktionsgemäß wie die grauen Kuppelgeschütze. Der übergebene Beamte der stehenden Firma tritt neben dem abnehmenden Offizier; man hatte ihm ein herrliches Sultanpferd gegeben.

Ein sehr beachtenswertes Zeichen der Zeit kommt gegen die Türkei aus dem fernem Indien. Seit Beginn des Balkankrieges ist unter der mohammedanischen Bevölkerung des indischen Kontinents eine starke

Sympathiebewegung für die Türkei

und ihr Schicksal im Gange. Eine Reihe von Versammlungen hat stattgefunden, die sich gegen Englands Politik wandten und von ihm ein Eintreten zugunsten der bedrängten Glaubensbrüder erwarteten. Auch jetzt wieder meldet der Draht von Versammlungen und Resolutionen gleicher Tendenz. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese Protestkundgebungen im fernem Osten nicht ohne Einfluß auf die Haltung Englands in der orientalischen Krise sein werden. Obwohl das britische Imperium seit Jahren daran arbeitet, das Kalifat von Konstantinopel Sultan auf eine ergebene und unabhängige Persönlichkeit (A. B. den Befehl von Kopten) zu übertragen, wird es sich doch kaum in ein gegen den Mohammedismus gerichtetes Spiel einzulassen, dessen Folgen es in Indien mehr als peinlich zu spüren bekommen könnte. Willst du ist es den englischen Staatsmännern im jetzigen Augenblick gar nicht einmal unangenehm, daß die Mohammedaner Indiens sich so vernünftig um Worte melden.

Den Türken günstig sind schließlich auch gewisse, kaum noch zu verzeichnende

Antimmigkeiten im Balkanbunde.

Der Belgrader bulgarische Gesandte Tschewerzki in längerer Konferenz mit dem russischen Ge-

memorden ist, wird sein Don Juan eine brillante Figur werden, die seinen Vergleich zu Scheuen braucht.

Interessant war es, der Gesangs- und Sprachtechnik des jugendlichen Don Juan-Darstellers diejenige des Leporello gegenüberzustellen. Kammerjäger Schwarz, der so moderat in dieser Partie hielt, hat einst auf derselben Weimarer Bühne seine Karriere begonnen, auf der Hans Bergmann heute die geachtete Stellung einnimmt. Bei Schwarz ist aber a h heute noch jeder Hauch, jeder Konsonant verständlich, es fällt kein Laut unter den Tisch, ebensowenig wie ihm eine Note verloren geht. Jeder Ton ist und jede Nuancierung wirkt. Das ist der Mozart-Sänger, der jungen gelernt hat, der ebenso ruhig seinen Sans Sads in den grell instrumentierten „Meisterfingern“ kreieren darf, wie den Sarastro in der „Zauberflöte“ oder den Papageno in „Don Juan“. Seinem Organ wird keine Orchesterleitung etwas anhaben können! Sogar Wohlklang schließt nicht nur in der Saiten Gold, sondern auch in der Kehle eines Mozart-Sängers.

Don untermen Elemente tat sich außerdem Herr Fährbach (Matia) sehr hervor („Tränen vom Freunde getrocknet“), denn auch noch Frau Bruger als Elvira. Fr. Stolz (Donna Anna) verzagte; die Sphäre war wiederholte unheim, manche Gesangsfigur edig. Fr. Kühn schien zu abhängig von Herrn Ohnelort, deshalb blieb die Wirkung aus. Herr Erit an Fort bewies als Komtur Adel und Kraft. Kapellmeister Ohnelort's großes Talent für Mozart, seine keine Vereinigung in den Mozartpartituren und hier wiederholt gerühmt worden. Er hat anselnd in den vorausgesetzten Proben viel geleistet, denn die Solisten waren mit dem Mozartstil besser vertraut als in früheren Jahren. Theo Raab's geübene Inszenierung kann man nur bewundern, weniger seinen Mädeln, dem bei aller Anerkennung der gefälligen Tugenden die Beweglichkeit und Ungelegenheit fehlt. Die Verhandlungen nahmen einen großen Teil des Abends in Anspruch. Ohne Drehbühne bleibt eine „Don Juan“-Aufführung, die nie so gut gearbeitet oder — amputiert sein, — immer ein Abend ohne Ende.

sendten Hartwig, daß Bulgarien sich nur in dem Falle zur Fortsetzung des Krieges verstehen könne, wenn Rußland eine Expropriation gegen die Türkei unternähme. Hartwig erklärte darauf, daß, soweit ihn die Petersburger Pressen informentieren, Rußland beabsichtige, seine Truppen nach Türkisch-Armenien zu entsenden, unbedenklich um alle daraus entstehenden Vermidlungen. Rußland warte nur die Antwort der Hofnote auf die Note der Großmächte ab. Die persönlichen politischen Kreise hingegen unter keiner Bedingung für eine Fortsetzung des Krieges. Sie erklärten, daß in diesem Falle Serbien infolge der Schwäche seines Heeres und weiterer Verluste seine Priorität am Balkan einbüßen könnte.

Zweit im Türkenheer.

Konstantinopel, 28. Jan. Hartwig's umlaufende Gerüchte belagen, daß in der Armeo von Thakatschalin zwischen Anhängern der Jungtürken und denen des früheren Kriegsministers Nazim erste Zwistigkeiten entstanden seien. Es liege sogar zu einem blutigen Konflikt unter den Truppen gekommen. Eine authentische Bestätigung der Gerüchte fehlt. Talat-Bey hat sich heute früh nach Thakatschala gegeben.

Deutsches Reich.

Kaisers Geburtstag in Paris.

Paris, 28. Jan. Zur Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers fand gestern im Hotel Continental unter Vorhitz des deutschen Vorkämpfers ein Festessen statt, an dem über 300 Mitglieder der deutschen Kolonie und viele zu vorübergehendem Aufenthalt in Paris weilende Landsleute teilnahmen. Freiherr v. Schön hielt die Festrede, in der er nach einem Teinpruch auf den lebenden und kommenden Präsidenten der Republik u. a. sagte:

Die Gegenwart ist ernst. Das Feuer im Westen ist nicht erloschen. Die Welt harret in Waffen. Der Druck der Sorge lastet auf den Gemütern. Und doch geht Deutschland ruhig und festen Schrittes den Weg, den sein Kaiser ihm zeigt: hinaus in die Welt, hinaus zu immer wachsender Kraft und Größe! Mit seinem Kaiser ist das deutsche Volk eins in dem ernsten und heiligen Willen, auch ferner ein Hort des Friedens zu sein. Aber es ist auch entschlossen, einmütig dem ehernen Inse zu folgen, wenn es gilt, einzustehen für deutsches Gut und Leben. Auch wir, die wir im fremden Lande in reiblicher Arbeit wirken, werden alle deutsch bleiben, deutsch fühlen und deutsch handeln.

Festvorstellung im Berliner Opernhaus.

Aus Berlin, 28. Jan., wird uns gemeldet: Gestern abend war im Rgl. Opernhaus Gaiopier. Geladenes Publikum füllte Balkon und Ränge. In der großen Hofloge saß der Hof Hof Hof. Der Kaiser führte die Kronprinzessin. Gegeben wurde Kertza von Joseph Lauff. Das erste Bild spielt im alten Kertza; das zweite zeigte das heutige Kertza mit dem Abfallstein im Hintergrund. In der Pause hielt der Kaiser Cercle ab.

Die Herresvorlage.

Zwei Minister als Opfer.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wenn es sich wirklich bestätigt, daß eine neue Herresvorlage mit einer Mehrforderung von über 100 Mill. Mk. jährlich dem Reichstage in dieser Session zugehen soll, dann kann man sich nicht zu denken, daß sie von denselben Personen vertreten wird, welche nach der militärischen und nach der finanziellen Seite an der vorigen Herresvorlage entscheidend beteiligt waren, und es ist darum erklärlich, wenn es zugleich mit den positiveren Mitteilungen über die Aufgaben der Regierung heißt, weder der Kriegsminister noch

der Reichsfinanzminister würden im Amte bleiben. Sollte es zutreffen, daß auch der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes ausscheidet, so würde das darauf hindeuten, daß die Deckungsfrage noch ungelöst bleibt. Damit würde aber der Reichstag erst recht vor die Frage gestellt, ob er einer Vorlage zu stimmen soll, die eine gewaltige finanzielle Mehrbelastung ohne gleichzeitige Deckung bringt, während auf der anderen Seite die Forderungen, abgesehen von den Aufwendungen für die Luftschiffahrt, nicht mit neuen militärischen Notwendigkeiten begründet werden können. Der jetzige Kriegsminister hat im vorigen Jahre bei Beratung der damaligen Militärvorlage mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Forderungen ausreichend seien. Nun heißt es in einem Blatte, daß sich die politischen Verhältnisse in jüngerer Zeit gegenüber denen vor zwei Jahren nicht unerheblich verschärft haben, wodurch sich das Einbringen einer erweiterten Militärvorlage als zwingende Notwendigkeit ergab und diese Vorlage in vollem Maße gerechtfertigt werde. Das ist etwa ganz falsche Darstellung. Es handelt sich gar nicht um den Vergleich mit der Zeit von vor zwei Jahren, sondern mit dem Vorjahre, wo doch schon alle Eventualitäten in Betracht kamen, an die man jetzt denken kann, und niemand kann christlicher Weise behaupten, daß seitdem Veränderungen eingetreten sind, die eine neue militärische Beurteilung rechtfertigen. Man will die jetzige politische Konjunktur für Durchbildung neuer Militärforderungen ausnützen, das ist alles, und dem sollen die künstlich herausgehauenen Gründe angepaßt werden. Das muß bei der Beurteilung der jetzigen Vorgänge wohl im Auge behalten werden, schon deshalb, weil nach diesem Vorgang schließlich jeder politische Konflikt in der Welt zu neuen Verforderungen bei uns führen kann.

Ein Vorstoß gegen den Reichskanzler.

Ein vom Zentrum unter Führung von Reichstagsmitgliedern gegen den Reichskanzler im Reichstag beschlossene Die 19 Polen haben dort folgende Interpellation eingebracht:

„Die preussische Staatsregierung hat die Entsendung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Anschließungsmission in Angriff genommen. Was denkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser, mit dem Geiste der Reichsvereinfachung und mit der Reichsregierung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Bevölkerung aufs tiefste erregenden Maßnahme entgegenzutreten?“

Die Interpellation wird unterstützt von 55 Zentrumsmittgliedern. Diese Reichstagsinterpellation bedingt im wesentlichen mit einer an dem beiden letzten Oberstagen im Abgeordnetenhause verhandelten Polen-Interpellation, die die Regierung fragte:

„Wie glaubt die königliche Staatsregierung, diese mit dem Artikel 9 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat und mit dem Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches im Widerspruch stehende Maßnahme (der Entsendung zu Anschließungszwecken) rechtfertigen zu können?“

Die Polen, deren Interpellation im Abgeordnetenhause auch die Unterstufen von 19 Zentrumsgesandten trug, können jetzt, nach drei Monaten, am Königsplatz kaum eine andere Antwort erwarten, als ihnen Ende Oktober in der Prinz-Archibischöpfung zuteil geworden ist. Die Wiederholung der Anfrage aus dem Abgeordnetenhause kann deshalb im Reichstag nur den Zweck haben, mittels eines Interpellationsantrages einen Beschluß gegen den Reichskanzler herbeizuführen, in dem Sinne, daß dessen Behandlung der Entsendungsfrage nicht der Ansicht des Reichstages entspricht. Eine Mehrheit für diesen Beschluß ist vorhanden: Dazu stehen außer den 18 Polen 90 Zentrumsgesandten und 110 Sozialdemokraten zur Verfügung.

Konflikt unter der Dresdener Studentenschaft.

In der letzten Zeit sind zwischen den Korporationen und der Freien Studentenschaft an der Technischen Hochschule zu Dresden Differenzen ausgebrochen, die sich in den letzten Tagen sehr verschärft und zu einer lebhaften Beunruhigung der akademischen Kreise in Dresden geführt haben. Die Feindseligkeit zwischen den beiden studentischen Kreisen tritt zusehnd äußerlich dadurch hervor, daß sich an dem Montag von der Technischen Hochschule offiziell veranstalteten Kaiserlommers die Freie Studentenschaft nicht beteiligte, sondern am Sonnabend vorher einen eigenen Kommerz abhielt. Verschieden wurden die bestehenden Differenzen durch folgende zwei Fälle:

Ein Norweger, einer der Vertreter der Freien Studentenschaft im Gelamtausfluß, wurde vom Rektor relegiert, weil er einem anderen Studenten, Mitglied einer Dresdener Burschenschaft, eine Ohrtrüge gegeben hatte. Der Norweger verzweigte die Genugtuung mit der Waffe, und da den Korporationen kein anderer Weg zur Regelung der Sache übrig blieb, richteten die Korporationen eine Verhellung des Sachverhaltes an Rektor und Senat. Da diese sich prinzipiell auf den Standpunkt hielten, daß ein Student den anderen nicht schlagen dürfe, hatten Rektor und Senat auf Grund dieser Eingabe den Beschluß, den Norweger zu relegieren.

Im Dezember veranstaltete dann die Freie Studentenschaft einen Vortrag über das Thema „Klassenhass und wir“ und hatte dazu einen Anschlag am spärlichen Brett herstellen lassen. Dieses Plakat zeigte neben anderen Symbolen auch eine rote Fahne, über der man ein Fragezeichen erblickte. Zwei Stunden vor Beginn des Vortrages wurde jedoch auf Veranlassung der Korporationen vom Rektor die Entsendung des Plakates verfügt, ohne daß man vorher mit dem Präsidium der Freien Studentenschaft deswegen verhandelt hatte. Da das gemeinliche Arbeiten der Vertreter der Freien Studentenschaft und der Vertreter der Korporationen, die zum letzten Gelamtausfluß bilden, sich als unmöglich erwies, so legten die Freien Studenten, 13 an der Zahl, ihre Vertreter in dem Gelamtausfluß nieder, der nunmehr nur noch aus den 18 Korporationsstudenten besteht. Die Freie Studentenschaft beschloß, die durch diesen Mädelausstritt, dem Gelamtausfluß überkauft zu sprengen, dagegen entschieden aber Rektor und Senat auf Grund eines eingeholten juristischen Gutachtens, daß die Freie Studentenschaft durch

Wilhelm Georg

